

## **Sozial-ökologische Transformation der Sozialwirtschaft**

### **Klimapolitische Positionierung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V.**

#### Präambel

Hitzeperioden, Starkniederschläge und Dürren: Solche Extremwetterereignisse, die wir in den vergangenen Jahren auch in Niedersachsen häufiger als früher erleben mussten, sind eindeutige Folgen des Klimawandels. Als Agrar- und Küstenland ist Niedersachsen besonders von den durch die Erderwärmung bedingten Klimafolgen betroffen, die eine ernstzunehmende Gefahr für die Lebensgrundlage der Menschen darstellen.

Bereits heute hat sich die Erde um etwa 1,1 Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit aufgeheizt. In Deutschland sind es sogar 1,6 Grad. Seit 1960 nimmt der weltweite Ausstoß von Kohlendioxid kontinuierlich zu. Dabei ist Deutschland nach wie vor der siebtgrößte CO<sub>2</sub>-Emittent, wenn auch mit einem Anteil von unter 2 Prozent.

Auch wenn die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland sinken, wurden im Jahr 2022 die selbst gesetzten Klimaziele verfehlt. Dabei ist der rechtliche Rahmen mit dem Pariser Klimaabkommen und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz eindeutig. Auch das Land Niedersachsen hat sich mit der Aufnahme des Themas Klima als Staatsziel in die Landesverfassung und mit der Verabschiedung des Niedersächsischen Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes und zur Minderung der Folgen des Klimawandels klare Vorgaben gesetzt. Es mangelt also nicht an ambitionierten Zielen, sondern vielmehr am Willen, diese auch zeitnah zu erreichen und entsprechende Maßnahmen umzusetzen.

Bereits heute haben wir den Zeitpunkt, den Klimawandel aufzuhalten, längst verpasst. Jetzt geht es vor allem um den Versuch, die Klimakrise und damit eine existenzielle Gefährdung der gesamten Menschheit, ihrer Gesundheit und ihrer Sicherheit einzudämmen. Sollte es nicht gelingen die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten, erreicht der Planet kritische

Kipppunkte mit nicht mehr reparablen Folgen für unser Ökosystem und unumkehrbaren sozialen Auswirkungen.

### Folgen des Klimawandels

Die Verwundbarkeit von Ökosystemen und Menschen gegenüber dem Klimawandel kann sich je nach und innerhalb von Regionen stark unterscheiden. Zu den zentralen Kriterien zurückgehend auf den Weltklimarat gehören sich überschneidende sozioökonomische Entwicklungsmuster, nicht nachhaltige Meeres- und Landnutzung, Ungleichheit, Ausgrenzung sowie historische und anhaltende Muster von Ungleichheit.

Die mit dem Klimawandel einhergehenden Folgen könnten in Deutschland - je nach Erderhitzung - bis zur Mitte des Jahrhunderts Kosten von bis zu 900 Milliarden Euro verursachen, wobei sich längst nicht alle möglichen Ereignisse und Kosten des Klimawandels in solchen Berechnungen abbilden lassen. Bereits heute führen die Folgen des Klimawandels zu existenziellen Verwerfungen. Im Rahmen der Klimakrise vertieft sich die Kluft zwischen den oberen und den unteren Einkommen immer weiter. Weltweit, auch in Deutschland, sind die sozial und finanziell weniger privilegierten Schichten von den Folgen des drohenden Klimawandels überproportional stark betroffen. Naturkatastrophen und Extremwetterereignisse treffen sie härter, steigende Energie- und Nahrungsmittelpreise sind für arme Haushalte schwerer zu stemmen als für wohlhabende. Arme Bevölkerungsgruppen sind darüber hinaus höheren Gesundheitsbelastungen durch Umweltprobleme ausgesetzt. Gleichzeitig ist ihre Resilienz aufgrund ihres geringen Einkommens weniger stark ausgeprägt, vor allem wenn soziale Sicherungssysteme fehlen oder nicht ausreichend finanziert sind.

### Notwendigkeit einer sozial ökologischen Transformation

Eine ambitionsarme oder unzureichende Klimapolitik können und dürfen wir uns nicht leisten, weder im Hinblick auf den damit einhergehenden Verlust an Biodiversität, noch im Zusammenhang mit der Wirkung auf andere zeitgleich auftretende soziale oder ökonomische Krisen. Denn die Klimakrise korreliert mit Fragen nach Gerechtigkeit, Verteilung und Teilhabe.

Klimaschutz muss daher nicht nur als ökologisches, sondern auch als soziales Thema betrachtet werden, da nichts anderes als die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft verhandelt wird. Soziale Gerechtigkeit und eine ambitionierte Klimapolitik dürfen keine Gegensätze sein. Vielmehr ist eine Gesellschaft, an der alle Menschen gleichberechtigt teilhaben, auch die Voraussetzung für eine effektive Klimaschutzpolitik, die wiederum nur gelingen kann, wenn sie von einer breiten Mehrheit der Gesellschaft befürwortet und getragen wird.

Eine wirksame und effektive Klimaschutzpolitik wird zwangsweise mit spürbaren Einschränkungen, Belastungen und der Notwendigkeit zum Verzicht verbunden sein. Dabei muss verhindert werden, dass die bereits bestehende soziale Spaltung innerhalb der Gesellschaft durch klimapolitische Maßnahmen weiter vertieft wird. Die ökologische und die soziale Frage müssen in ihren Ursprüngen, Auswirkungen und den damit einhergehenden Notwendigkeiten zur Veränderung zusammengedacht werden. Zentrale Voraussetzung in diesem Zusammenhang ist ein zuverlässiger und funktionierender Sozialstaat, der den Menschen soziale Sicherheit garantiert. Eine klimapolitische Wende kann daher nur als sozial-ökologische Transformation funktionieren, die soziale und ökologische Lebensqualität miteinander verbindet.

### Transformation der Sozialwirtschaft

Die Auswirkungen und Folgen des wirtschaftlichen Wachstums auf die natürliche Umwelt des Menschen müssen heute mehr denn je kritisch hinterfragt und reflektiert werden. Dazu gehört auch die kritische Auseinandersetzung mit der Frage, ob grenzenloses Wachstum ein sinnvolles Ziel bleiben kann und welche Art des Wachstums in Zukunft gebraucht wird. Im Sinne der Ökoeffektivität muss der notwendige Ressourceneinsatz, verbunden mit der daraus resultierenden Abfallproduktion, als durchgängige Kreislaufwirtschaft organisiert werden. Betroffen sind nicht nur bestimmte Gruppen oder Regionen, sondern die gesamte Gesellschaft und die Art und Weise, wie wir zukünftig leben. Damit einher geht die Notwendigkeit eines umfassenden Strukturwandels mit nachhaltigen Folgen auf unsere Arbeit und unsere Mobilität,

auf unser Wohnen, unseren Konsum und unsere Infrastruktur – und damit zwangsläufig auch auf die Sozialwirtschaft und den Paritätischen.

Seit jeher besteht innerhalb der Sozialwirtschaft der Anspruch, die eigenen sozialen Dienstleistungen nachhaltig – im Gleichgewicht zwischen sozialer, ökonomischer und ökologischer Verantwortung – zu gestalten und anzubieten. Gleichzeitig ist der mit der Klimakrise einhergehende Wandel und Veränderungsdruck so hoch, dass sich auch die Soziale Arbeit dieser Realität und der damit einhergehenden Diskussion über deren Gestaltung stellen muss, wenn sie von der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung nicht abgehängt werden will. Auch vor dem Hintergrund der durch die Klimakrise neu gestellten sozialen Frage ist und bleibt es die Aufgabe der sozialen Arbeit, soziale Ungerechtigkeit zu benennen und zu adressieren und nicht zuletzt Menschen im Kampf gegen Diskriminierung und den Ausschluss von sozialer Teilhabe zur Seite zu stehen.

Um aktiv zum Klimaschutz beizutragen, kommt der Sozialen Arbeit und damit auch dem Paritätischen Niedersachsen eine Doppelrolle zu. Nach außen gilt es den mit dem Klimaschutz einhergehenden sozialen Wandel und die weitere gesellschaftliche Entwicklung im Sinne der eigenen Klient\*innen – besonders von Kindern und Jugendlichen, älteren und kranken Menschen oder Einkommensschwachen – progressiv zu befördern und eine aktive und lautstarke Interessenvertretung dieser Gruppen zu sein.

Nach innen wiederum muss auch die Sozialwirtschaft in Deutschland mit einem geschätzten Umsatzpotential von rund 185 Milliarden Euro pro Jahr ihrer Verantwortung bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen gerecht werden. Das betrifft unter anderem die Berücksichtigung von ökologischen Aspekten in der Planung und Durchführung von Veranstaltungen und Projekten sowie die regelmäßige Überprüfung und Verbesserung der Nutzung von Ressourcen und die Energieeffizienz in den eigenen Einrichtungen.

## Unser Anspruch

### **1. Klimaneutralität des Paritätischen Niedersachsen bis zum Jahr 2045.**

Als Paritätischer sind wir uns unserer eigenen Verantwortung und unseres innerverbandlichen Potenzials hinsichtlich Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Vorsorge gegen künftige klimabedingte Belastungen bewusst. Im Sinne unserer sozialunternehmerischen Verantwortung gilt es soziale, ökologische und ökonomische Aspekte miteinander in Einklang zu bringen. Mit unseren Einrichtungen und Diensten sehen wir uns dazu verpflichtet, einen Beitrag zur Reduktion von Treibhausgasemissionen und damit zum Erreichen der Klimaziele zu leisten. Besonders unseren Klient\*innen wollen wir es ermöglichen, selbst klimafreundlich zu leben und damit teilzuhaben an der sozial-ökologischen Transformation. Zentralen Handlungsbedarf sehen wir in den Bereichen Immobilien, Beschaffungswesen und Mobilität. Hierzu gehören energetische Sanierungsmaßnahmen sowie der Ausbau von Photovoltaik; die Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen, die von der Herstellung bis zur Entsorgung soziale, ökologische und ökonomische Aspekte berücksichtigen, sowie der kontinuierliche Umstieg in die E-Mobilität inklusive des Aufbaus der dafür benötigten Ladeinfrastruktur.

### **2. Förderung und Unterstützung unserer Mitgliedsorganisationen auf dem Weg zur Klimaneutralität.**

Auch unsere über 870 Mitgliedsorganisationen wollen wir in ihrem Bestreben ökologisch und nachhaltig zu arbeiten, fördern und unterstützen. Hierzu gehört der Aufbau eigener Energieberatungskompetenz sowie eines an den speziellen Bedarfen in der sozialen Arbeit orientierten Klimaschutzmanagements. Auch das muss ein Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege heute leisten.

## Unsere Positionen

- 1. Verlässliche Refinanzierung aller Klimaschutzausgaben in der Sozialwirtschaft. Maßnahmen zum Klimaschutz in den Arbeitsfeldern der freien Wohlfahrtspflege sind auf allen politischen Ebenen stärker mitzudenken und zu fördern.**

Nach wie vor bleibt eine verlässliche, planbare und dauerhafte (Re-)Finanzierung für soziale Einrichtungen und Dienste die größte Herausforderung bei der Umsetzung von eigenen Klimaschutzmaßnahmen. Denn als einer der größten Wirtschaftszweige in Niedersachsen kann die Sozialwirtschaft die damit einhergehenden Transformationskosten genauso wenig allein bewältigen, wie der Rest der heimischen Wirtschaft. Aktuell orientiert sich die öffentliche Refinanzierung sozialer Arbeit in erster Linie am Wirtschaftlichkeitsgebot, wodurch nachhaltige Investitionen oftmals verhindert werden. Angesichts des aktuell vom Sozialrecht vorgegebenen Rechtsrahmens sind notwendige energetische Investitionen sowie deren Folgekosten für die Leistungs-/Kostenträger nicht finanzierbar. Zudem sind eigene Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen bislang nicht wirtschaftlich und zum Teil sogar wirtschaftlich kontraproduktiv, da die dadurch erzielten Einsparungen teilweise die erstattungsfähigen Kostenansätze senken, worunter die Refinanzierung der aufgetragenen Investitionskosten leidet.

## **2. Die sozial-ökologische Transformation darf nicht zu Lasten der Einkommensschwächsten gehen.**

Als Paritätischer setzen wir uns für einen sozial-ökologischen Umbau ein, der alle Menschen mitnimmt und niemanden zurücklässt. Eine ambitionierte Klima- und Sozialpolitik gehören unweigerlich zusammen. Die Politik ist gefordert, die Rahmenbedingungen für ein klimagerechtes Leben für alle sozial zu gestalten, indem ökologische und soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen.

Weltweit verschärft der Klimawandel Armut und Ungleichheit, wobei auch die deutsche Klimaschutzpolitik ihren Beitrag zur sozialen Ungerechtigkeit geleistet hat. Bislang wird Klimaschutz zu großen Teilen durch Konsumsteuern finanziert, wie die seit Anfang 2021 gestartete **CO<sub>2</sub> - Bepreisung**. Während die ärmeren Schichten in unserer Gesellschaft dadurch überproportional belastet wurden, haben vor allem diejenigen von staatlichen Klimaschutzförderprogrammen profitiert, die über einen eigenen finanziellen Spielraum für klimagerechte Investitionen verfügen. Zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche und von

der Gesellschaft getragene Klimaschutzpolitik ist ein zuverlässiger und funktionierender Sozialstaat, der den Menschen soziale Sicherheit garantiert und die Voraussetzung schafft, dass sich alle ein klimafreundliches Leben auch tatsächlich leisten können. Im Sinne einer gerechten und solidarischen Finanzierung der damit einhergehenden gesellschaftlichen Transformationskosten braucht es unter anderem eine Rückverteilung der Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung durch die Einführung eines einkommensabhängigen Klimageldes sowie einen gut ausgebauten und kostenlosen ÖPNV für Menschen, die Transferleistungen beziehen.

**3. Klimaschutz ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Klimaschädigendes Verhalten endlich besteuern. Für Einführung einer Klimasteuer für die obersten 20 Prozent der Einkommen. Für ein Ende von umweltschädigenden Subventionen.**

Der Verbrauch von Energie und anderen Ressourcen ist nicht nur weltweit ungleich verteilt, sondern auch innerhalb der Bevölkerung einzelner Länder. Menschen mit höheren Einkommen verursachen deutlich mehr CO<sub>2</sub>-Ausstoß als Menschen mit niedrigerem Einkommen. Allein in Deutschland ist die Zahl der privaten Jetflüge im vergangenen Jahr um 76 Prozent gestiegen. Von den Gesamt-Emissionen seit 1990, für die die deutsche Bevölkerung verantwortlich ist, gehen laut OXFAM circa 26 Prozent auf das Konto der reichsten 10 Prozent, während die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung nur für wenig mehr verantwortlich ist. Das Umweltbundesamt kommt in diesem Zusammenhang zu dem klaren Ergebnis: Wer mehr Geld hat, lebt umweltschädlicher. Denn wer mehr Geld zur Verfügung hat, wohnt in der Regel größer, fliegt mehr, hat ein größeres Auto oder konsumiert mehr. Bislang zahlt für den Konsumrausch einer reichen Minderheit der ärmere Teil der Bevölkerung den Preis – Umverteilung von unten nach oben. Die Klimakrise ist damit auch eine Gerechtigkeitskrise. Denn nach wie vor wird der reichste Teil der Bevölkerung für ihr klimaschädigendes Verhalten und die mit ihrem Ressourcenverbrauch verbundenen ökologischen und sozialen Risiken nicht zur Verantwortung gezogen.

Gleichzeitig müssen endlich umwelt- und klimaschädigende Subventionen abgebaut und in Klimaschutzmaßnahmen reinvestiert werden. Hierzu gehört die Abschaffung der

Energiesteuervergünstigung für Dieselkraftstoff wie für Kerosin im Luftverkehr, genauso wie das Dienstwagenprivileg.